„Der Courier"
ist der führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 8 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.00 bei Vorausbezahlung. Bezugspreis nach dem Auslande $4.00.

Man schreibe an den „Courier", 1836 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigenpreise auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 8 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.00 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1836 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835—1837 Halifax Str. Regina, Sask.

"Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier" Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

15. Jahrgang | 16 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 15. März 1922 | 16 Seiten | Nummer 19

Ver. Staaten werden kriegerischen Staaten nicht helfen

Deutschland soll nach Möglichkeit zahlen.

Darf nicht vernichtet werden.

Washington, 14. März. — Die Vereinigten Staaten werden nur solchen europäischen Ländern helfen, die sich zuerst selbst helfen. Und unsere Regierung wird einen „taktvollen Druck" auf jene Nationen ausüben, um ihnen die Notwendigkeit der Rückkehr zu dem Normalzustande zu Gemüte zu führen. Dies ist die wirkliche Bedeutung der von Staatssekretär Hughes nach Rom gesandten Note, in der die Vereinigten Staaten Beschickung der Konferenz von Genua ablehnen, wie einem amtlichen Kommentar zu entnehmen ist.

Die Vereinigten Staaten verhehlen sich durchaus nicht, wie dringend nötig es ist, daß Europa wirtschaftlich wieder auf die Füße kommt. Dies wurde klar und deutlich ausgesprochen. Unsere Regierung wünscht nichts sehnlicher als eine wirtschaftliche Wiederherstellung Europas. Die Vereinigten Staaten haben ihre rein materiellen Gründe für diesen Wunsch, nämlich die 11 Milliarden, die die Alliierten unserer Bundeskasse schulden, und die weiteren Milliarden, die amerikanische Privatpersonen von Europa zu fordern haben. Diese materiellen Gründe würden genügen, selbst wenn uns europäische Staatsmänner und Propagandisten andere Motive absprechen wollen.

Die amtliche Erklärung besagt, daß die Vereinigten Staaten durchaus nicht die Absicht hegen, mit beschränkten Armen die Lage in Europa zu betrachten. Andererseits will unsere Regierung nicht an einer Konferenz teilnehmen, deren Hauptzweck auf Seiten der anderen teilnehmenden Nationen es ist, die Vereinigten Staaten in eine Stellung zu lootsen, wo sie sich wieder verpflichtet fühlen würden, die Rolle der Fee mit dem Füllhorn für solche Länder zu spielen, die keine Anstalten treffen, selbst ihrer Notlage abzuhelfen.

Die Vereinigten Staaten werden auf dieser Seite des großen Wassers bleiben, werden aber mit offenen Augen die Lage in Europa verfolgen, um zu sehen, welche Anstrengungen drüben gemacht werden, aus dem Sumpfe des Nachkriegselends herauszukommen, und entweder mit „taktvollem Druck" einen Rippenstoß zu versetzen oder Hilfe zu leisten, je nachdem es ein besonderes Land verdient.

Solange der jetzige Kurs beibehalten wird, will die amerikanische Regierung auf alle Hilfegesuche, die von Europa kommen, zunächst mit der Frage vortreten: „Was habt Ihr getan, um Euch selbst aus Euren Schwierigkeiten herauszuhelfen? Habt Ihr alle Euch zu Gebote stehenden Mittel zur Selbsthilfe erschöpft?"

Der „taktvolle Druck" wurde bereits angewendet, als internationale Bankiers kürzlich das Staatsdepartement vor der Flotierung fremder Anleihen in den Vereinigten Staaten zu Rate zogen. Der Wink mit dem Zaunpfahl war an Frankreichs Adresse gerichtet, das hier wieder einmal einen Riesenpump anlegen wollte.

Kapp will sich zur Untersuchung stellen

Berlin, 14. März. — Das Angebot des Dr. Wolfgang Kapp, Führer der März-Revolte von 1920, sich der Reichsregierung zum Prozeß zu stellen, wird von dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichts in Leipzig, welchem Tribunal die letzte Entscheidung in dem Falle anheimsteht und das ohne jede Einmischung des Reichsjustizministers (zur Zeit der Mehrheits-Sozialist Dr. Badbruch) vorgehen kann, erwogen. Obgleich die Regierung ihre Haltung diesem unerwarteten Angebot gegenüber noch nicht dargelegt hat, herrscht doch hier die Ansicht vor, daß sie nicht allzu begierig sein dürfte, Kapp den Prozeß zu machen. Eine Prozessierung unter den von Kapp genannten Bedingungen dürfte nicht allein als ein außergewöhnliches Vorgehen betrachtet werden, es dürfte auch zu öffentlichen Protesten Veranlassung geben. Auch ist man sich bewußt, daß ein solcher Prozeß kaum ein Beweismaterial zutage fördern dürfte, das dazu angetan wäre, jenes des von Jagow-Prozesses zu ergänzen. Aus offiziellen Kreisen ist die Andeutung gedrungen, die Regierung würde sich zufrieden geben, Kapp über den Grenzen Deutschlands zu wissen, und würde dieses entschieden dem Experiment, ihn während der derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Lage zu prozessieren, vorziehen; erachtet man doch die jetzige Zeitperiode kaum für geeignet, die Parteileidenschaften neu zu entfachen, wie dieses eine solche erneute Untersuchung der Kapp-Erhebung im Gefolge haben müßte.

Gesunder Urteilsspruch

Cleveland, Ohio, 14. März. Straffrei entlassen wurden von Polizeirichter Sawicki Leute, die verhaftet worden waren, weil sie Schnaps bei sich hatten. „Viele respektable Leute", sagte der Richter, „nehmen ein wenig Schnaps mit sich. Das ist nicht gegen das Gesetz, und ich kann nicht einsehen, woher ein Beamter das Recht nimmt, Leute zu durchsuchen. Wenn eine Person eine Gallone oder mehr Schnaps bei sich hat, mag es angebracht sein, sie zu verhaften. Wenn die Quantität aber so klein ist, daß sie in den Taschen getragen werden kann, dann ist dies etwas ganz anderes." Nur ein einziger der 26 Verhafteten, die dem Polizeirichter vorgeführt wurden, Richard Rizziti, wurde mit einer Geldstrafe bedacht, weil er eine Gallone Wein bei sich hatte. Als Rizziti aber sagte, daß der Wein für seinen eigenen Gebrauch sei, zog der Richter das Urteil zurück.

Armes Deutschland

Wohlhabender Mittelstand verschwindet.

New York, 14. März. — Ein grau in grau gemaltes Bild von den Zuständen in Deutschland und besonders in Berlin gab der auf dem holländischen Dampfer „Ryndam" von einer Besuchsreise nach der alten Heimat zurückgekehrte Herr R. A. Schwartz, Restaurateur des Columbia Amusement Park, früher Schützenpark, in Union Hill, N. J., welcher nahezu drei Monate drüben weilte, meistens in Berlin, wo er geboren und aufgewachsen ist.

„Deutschland fehlt es vor allem an Stabilität," sagte Herr Schwartz. „Nichts ist stabil drüben, weder das Geschäft noch der Verkehr oder die Währung, alles lebt nur von heute auf morgen. Bevölkerung und Regierung eingeschlossen. Das ist unter den bestehenden Verhältnissen natürlich auch garnicht anders möglich. Niemand in Deutschland scheint zu wissen, was morgen sein wird. Einige hoffen auf die Revision des Versailler Vertrages, andere auf England, und wieder andere auf die Betätigung Deutschlands in Rußland, und alle sind sich einig darin, daß etwas geschehen muß, aber es geschieht nichts. Die scheinbare Prosperität ist nichts weiter als eine Seifenblase, die nur zu bald platzen wird, denn es beginnt jetzt schon Rohmaterial zu fehlen. Ausländer kaufen alles auf, was zu haben ist, und die meisten Geschäfte haben fast gar keine Lagerbestände mehr, sondern nur noch Muster. Wer mit amerikanischen Dollars in der Tasche nach Deutschland kommt, findet natürlich alles sehr billig, aber die Deutschen verdienen keine Dollars, sondern nur entwertete Mark, und für sie sind die Preise der Nahrungsmittel und aller notwendigen Lebensbedürfnisse einfach unerschwinglich.

„Der frühere Mittelstand ist ganz verschwunden und unrettbar in das Proletariat hinabgesunken. Ehemalige hohe Offiziere und Regierungsbeamten müssen mit ihren Familien niedrige Arbeit verrichten, wenn sie nicht hungern wollen, denn die Entwertung der Mark hat alle kleinen und mittleren Vermögen, die früher eine nette Zuschußrente abwarfen, ausgelöscht. Aber daß die Frauen und Töchter ehemaliger Offiziere und Beamten und guter Bürgerhäuser zur Arbeit greifen müssen, ist das Schlimmste noch lange nicht und wenn sie alle Arbeit bekommen könnten, würde ich sie nicht beklagen. Leider ist für lange nicht alle Arbeit vorhanden und der nagende Hunger, die Entblößung von allem, was das Leben lebenswert macht, treibt viele von ihnen gräßlichen Zuständen in die Arme.

England abermals von großem Streik bedroht

London, 14. März. — Eine Aussperrung von 300,000 Maschinisten beginnt, heute Mittag. Unionsleiter und Arbeitgeber berieten die Nacht hindurch, heute früh wurde die Lage als hoffnungslos bezeichnet. Der Streik zieht direkt und indirekt eine Million Arbeiter in Mitleidenschaft.

Revolution in Süd-Afrika

Viele Tote und Verwundete.

Johannesburg, Südafrika, 14. März. — Bis gestern Abend 9 Uhr waren bei den Kämpfen zwischen streikenden Goldgräbern und Polizei 32 Menschen getötet und 57 verwundet. Von den Getöteten waren 19 Polizisten. Um 11 Uhr wurden jedoch die Straßen völlig verödet, die Stadt ist unheimlich ruhig. Dem Publikum wurde die Benutzung der Straßen verboten. Die Arbeiterhalle in Benoni soll durch eine Bombe von einem Flugzeug getroffen worden sein. Die schwersten Verluste in dem Distrikt erlitt wahrscheinlich die äußerste östliche Gegend des Rand.

London, 14. März. — Laut einer Depesche aus der Hauptstadt ist der Generalstreik in Johannesburg in Wirklichkeit eine revolutionäre Bewegung. Die Streikfrage wird durch die Bedrohung des Staates überschattet.

Laut einer Meldung aus Johannesburg schlassen sich holländische Landwirte in den Bocksburg- und Benoni-Distrikten den Streikern an und bildeten berittene Abteilungen, welche Benoni angriffen. Der Times-Korrespondent in Johannesburg dagegen schreibt die Wirren einem weitverbreiteten bolschewistischen Anschlag zu, das Poresburg-Kommando sehe sich selbst als eine rote Garde an. Im ganzen Rand, fügt er bei, sind Kämpfe im Gange.

Frankreich über amerikanische Forderungen entrüstet

Paris, 14. März. — Die Franzosen sind über die amerikanischen Forderungen auf einen Anteil an den deutschen Zahlungen, um die Kosten der Rheinbesetzung zu decken, entrüstet. Die heutigen Zeitungen äußern sich erbittert. Der „Gaulois" nennt den amerikanischen Vertreter Roland Boyden einen Freudentöter und im „Echo de Paris" fragt Pertinax, welchen Nutzen die amerikanische Armee am Rhein überhaupt gehabt habe. Das „Petit Journal" meint, Amerika solle seine Forderungen aus dem beschlagnahmten Eigentum in den Ver. Staaten befriedigen. Das Blatt fragt, warum Amerika so lange gewartet habe.

Alliierte Finanzminister berieten heute über Verteilung deutscher Entschädigungszahlungen. Sie beschlossen, die Forderung der Ver. Staaten den verschiedenen interessierten alliierten Regierungen zu überweisen. Da es sich um Auslegung des Vertrags von Versailles handelt, werden die Regierungen direkt mit dem Staatsamt in Washington verhandeln.

Lage in Indien verschlimmert sich

Ghandi verhaftet.

London, 14. März. — Britische Garnisonen in ganz Indien trafen heute außergewöhnliche Vorkehrungen, um bewaffnete Aufstände der Eingeborenen zu verhindern. Die Kunde von der Festnahme des berühmten pazifistischen Führers Ghandi dringt durch das Land. In den großen Städten, wo die britischen Truppen verstärkt wurden, ist Ruhe gemeldet.

Der indische Führer wurde in Stille in Ahmedabad, 200 Meilen von Bombay, verhaftet und eiligst weggebracht, um Rettungsversuche zu vereiteln. Die Eingeborenen schreiben Ghandi Wunderkräfte zu. Seine Einkerkerung zeigt, daß Maßnahmen der Unterdrückung beschlossen worden sind. Die maßvolle Politik von Edwin Montagu, der als Staatssekretär für Indien zurücktrat, ist endgültig aufgegeben.

Monument für „Das verlorene Ober-Schlesien" in Breslau.

Breslau, 14. März. — In Breslau wird ein Monument zum Andenken an das „Verlorene Oberschlesien" errichtet werden. Die Kosten hierfür werden von der Bevölkerung aufgebracht.

Lage in Irland immer noch beunruhigend

Limerick, 14. März. — Die Lage in Limerick ist ruhig, aber noch immer bedenklich. Die Geschäfte litten seit Ankunft der feindlichen Streitkräfte und die Händler wünschen dringend Frieden. Quartiermeister Hurley wurde nach einem viertägigen Hungerstreik aus Tipperary freigelassen. Ein verhafteter Lizenzbeamter ging an einem Hungerstreik und seine baldige Entlassung wird erwartet.

Leipziger Messe erfreut sich ungeheueren Besuches

Leipzig, 13. März. — Alle seitherigen Besuchsrekords der großen Messe wurden gebrochen, als sich eine Menschenmenge von 180,000 Besuchern auf dem Messe-Gelände drängte. Die vorliegenden Berichte lassen darauf schließen, daß Geschäfte von ungeheurer Größe effektuiert wurden. Transaktionen, die in verschiedenen Branchen, besonders in Textilwaren, Büchern, Maschinerie, Papier und technischen Apparaten in die Millionen von Mark laufen. Die deutsche Nachfrage ist stärker, als je zuvor.

Präsident Ebert ist in der Stadt eingetroffen, um der Messe beizuwohnen. Der russische Handelsvertreter in Deutschland ist mit drei Assistenten an Ort und Stelle.

Fritz Kreisler stellt seine Kunst in den Dienst der Wohltätigkeit

Washington, 14. März. — Fritz Kreisler stellte hier wiederum seine Geige in den Dienst werktätiger Nächstenliebe und opferwilliger Menschlichkeit. Das offizielle Washington hatte er zu sich zu einem Komplimentorkonzert entboten und zwar zu dem ausgesprochenen löblichen Zweck, um Stimmung zu machen für die Lodge-Resolution, welche eine Verlängerung der Frist vorsieht, binnen welcher Oesterreich die ihm nach dem Waffenstillstand von den Ver. Staaten zur Beschaffung von Lebensmitteln vorgestreckten $24,000,000 zurückzahlen

Letzte Nachrichten

Toronto, Ont. — Sir John C. Eaton, der Präsident der in ganz Canada bekannten T. Eaton Co., ist lebensgefährlich erkrankt. Die Aerzte sagen, daß die Krisis entweder zum Besseren oder Schlimmeren, in wenigen Stunden einsetzen muß.

St. Francisco. — Vor dem hiesigen Schwurgericht fand die Eröffnung der dritten Schwurgerichtsverhandlung gegen Roscoe C. Arbuckle statt, der für den Tod der Movie-Schauspielerin Virginia Rappe verantwortlich gehalten wird. In den beiden bereits vorher stattgefundenen Verhandlungen konnten sich die Geschworenen nicht einigen.

Summerland, B. C. — Ein Brand, der in einem kleinen Chinesenladen ausbrach, zerstörte die größten Gebäude an der Hauptstraße und richtete einen Materialschaden von $75,000 an. Die Häuser an beiden Seiten der Straße sind fast alle in Schutt und Asche gelegt.

Swift Current. — Eine weitere Anzahl von Mennoniten aus dem Wymark Distrikt, und zwar 134 erwachsene Personen und 133 Kinder, werden heute auf 26 Fracht- und vier Passagierwagen die Ausreise nach Mexiko antreten.

Toronto. — Louis Shankman, 20 Jahre alt, ist dadurch ums Leben gekommen, daß er sein Automobil, vor diesem stehend, in Gang zu bringen versuchte, ohne dasselbe aus dem Gear gestellt zu haben. Er wurde von dem Automobil gegen einen Hydranten gepreßt, und der Tod trat nach wenigen Minuten ein.

London. — Premier Smuts erklärt, daß nur ein Teil der südafrikanischen Streiker revolutionär gesinnt sind. Die Buren helfen englischem Militär in Bekämpfung der Rebellen. Die Hauptseisenbahnlinie wurde durch Sprengungen unterbrochen.

Washington. — Es besteht keine Hoffnung für die Abwendung des Kohlengräberstreiks, der für den 1. April beginnen soll. Die Minenbesitzer bestehen auf 20 Prozent Lohnherabsetzung.

Bulgarien nunmehr ohne Waffen

Sofia, 14. März. — Nachdem Bulgarien nach den Bestimmungen des Vertrages zu Neuilly entwaffnet ist, hat die zu diesem Zweck eingesetzte internationale Kommission Sofia verlassen. Infolge wiederholter Proteste von vielen Seiten hat die Regierung die Presse-Zensur aufgehoben.

Gegen Pacific-Vertrag

Underwood bezeichnet ihn als nationales Unglück.

Washington, 14. März. — Sekretär Hughes sandte an Senator Underwood, Mitglied der amerikanischen Abordnung zur Waffenkonferenz, ein Schreiben über den Vier-Mächte-Vertrag. Underwood, der demokratische Leiter im Senat, bezeichnete heute im Senat das Pacific-Abkommen als den eigentlichen Friedensvertrag der Konferenz. Er werde für Genehmigung in gleichem Geiste stimmen, der ihn zur Unterstützung des Vertrags von Versailles und des Völkerbundes veranlaßt habe.

Der demokratische Leiter erklärte, daß er den Vertrag nicht für ein Bündnis ansehe. Falls er aber eine Allianz wäre und auf schiedliche Vermittlung anstatt Gewalt gestützt, so würde er ihn unterstützen. Wenn man behaupte, der Vertrag sei wertlos, weil er sich nicht auf Gewalt stützt, so sei dies eine Rückkehr zur Anschauung vergangener Zeitalter. Der Vier-Mächte-Vertrag, fuhr der Senator fort, stellt eine politische Regelung dar, die zweifellos vor Unterzeichnung des Vertrags über Beschränkung von Rüstungen notwendig war. Das heißt, wenn das Abkommen für die Nationen, die in wildem Wettbewerb beim Bau von Schlachtschiffen standen, mehr bedeuten sollte als eine bloße Ersparnis von Geld. Im Verlauf seiner Rede sagte Underwood, eine Verwerfung des Pacific-Vertrags wäre ein Rückschritt im Leben dieser Nation. Wenn der Senat das Abkommen genehmige, so sei er überzeugt, daß nicht bloß eine wirkliche Kriegsursache verschwinden werde, sondern auch nicht länger die Gelegenheit für Krieg besteht, die uns in den letzten zwei Jahrzehnten bedroht hat.

Eskimos am Aussterben

Kopenhagen, 14. März. — Die Eskimos von Labrador scheinen auszusterben oder wenigstens die Rasse sich zu verschlechtern, sagt Harald Lindow, Vizegouverneur des nördlichen Grönland. Er kam soeben von einem Besuch der Eskimo Siedlungen an der Ostküste von Labrador zurück. Lindow zufolge ist der Vergleich mit dem Grönland Eskimo ungünstig für die Eskimos von Labrador und sie bedürfen sehr des Schutzes. Wie er versichert, werden sie durch gewissenlose Händler ausgebeutet und Jahr um Jahr weiter nördlich getrieben. Nur die Missionare geben den Eskimos wirkliche Hilfe. Aerztlicher Beistand ist in Labrador schwer zu erlangen und die Eskimo Frauen leiden stark unter dem Mangel an ärztlicher Pflege.

Abermaliger Kampf um Prohibition im mexikanischen Senat.

Washington, 14. März. — Bei Erwägung einer Vorlage, um 19 weitere Bundesdistriktsrichter zu erlauben, kam es gestern im Senat zu einem frischen Kampf über Durchführung der Prohibition. Verschiedene demokratische Senatoren opponierten weiteren Richtern, andere widersetzten sich einer Bestimmung, die ihrer Behauptung nach „trockene" Richter in „nasse" Staaten bringen könnte und umgekehrt. Senator Broussard, einer der Hauptgegner des Volstead-gesetzes, brachte die Prohibitionsfrage vor.

„Friedensausstellung" in Japan

Wird vier Monate dauern.

Tokio, 14. März. — Die Tokio-Friedensausstellung, welche von der Tokio-Präfektur mit einem Kostenaufwand von 6,000,000 Yen zur Feier des Weltfriedens und zur Demonstrierung der Fortschritte Japans seit dem Krieg organisiert wurde, ist offiziell eröffnet worden. Der Ausstellungsplatz umfaßt 36 Acker. Ein Gebäude für Ausstellungsobjekte aus den Ver. Staaten, Deutschland, Großbritannien, Italien und der Schweiz geht seiner Vollendung entgegen. Die Ausstellung wird vier Monate dauern.

Krisis in Indien durch Montagus Rücktritt verschärft

Möglicher Rücktritt des Vize-Königs

Englische Presse über Indiens Appell für türkische Rechte mißstimmt

London, 14. März. — Edwin Samuel Montagu, der Sekretär für Indien, ist aus dem Amte geschieden. Vor Kundgabe seines Rücktritts im Unterhaus erklärte Austen Chamberlain, die Depesche der indischen Regierung an Sekretär Montagu, in welcher die Notwendigkeit einer Revision des Sevres-Vertrages zwischen der Türkei und den Alliierten zwecks Beschwichtigung der zunehmenden Moslem-Gährung in Indien betont wird, sei von der indischen Regierung nur mit Zustimmung Montagus und ohne Befragen anderer Minister bekannt gegeben worden. Diese Veröffentlichung habe zum Rücktritt Montagus geführt. Durch Uebernahme der Verantwortung seitens des Sekretärs für Indien sei die indische Regierung gedeckt.

In weiterer Darlegung sagte Chamberlain, der britische Auslandminister Curzon werde auf der bevorstehenden Konferenz in Paris mit dem französischen und dem italienischen Auslandminister die Nahöstlichen Probleme besprechen und eine für alle Parteien gerechte Lösung herbeizuführen suchen. Dazu bemerkt er:

„Curzon wird den Ansichten der Inder und Mohammedaner, von der indischen Regierung zum Ausdruck gebracht, gehörige Beachtung schenken, doch kann ich mich nicht verpflichten, irgendeine von jener Regierung vorgeschlagene Lösung zu akzeptieren, ohne ihre Beziehung zu dem Problem als ganzes zu berücksichtigen. Die Verantwortlichkeit für eine Revision des Sevres-Vertrages und die Herbeiführung des Friedens im Nahen Osten kommt den Alliierten insgesamt zu."

Er ermahnte das Unterhaus, einer Erörterung der zu befolgenden Politik vor Zusammenkunft der Auslandminister, welche voraussichtlich am 22. März stattfinden werde, bis auf weiteres sich zu enthalten.

Die ernste Seite der Krisis ist, daß die von der indischen Regierung geäußerte Meinung nicht nur die des Vizekönigs, sondern auch aller Provinzgouverneure ist. Indessen wird selbst von gemäßigten Mitgliedern des Unterhauses und von Jenen, welche manchmal als „pro-türkisch" bezeichnet wurden, eingeräumt, daß es unmöglich wäre, die türkische Herrschaft in Jerusalem, Mekka und Medina wiederherzustellen.

Es wird zwar in Abrede gestellt, daß der Rücktritt des Vizekönigs als möglich in Betracht gezogen sei, doch dürfte sein Ausscheiden zu gewärtigen sein, falls die Ratschläge der indischen Regierung betreffs der Revision des Sevres-Vertrages abgelehnt werden sollten. Schon heute abend wird als möglicher Nachfolger auf den Posten des Vizekönigs von Indien der seitherige Kolonialminister Winston Spencer Churchill genannt.

Indiens Eintreten für türkische Rechte hat hier allgemeines Aufsehen hervorgerufen. Zum großen Teil bekundet die Presse Unwillen darüber und ihr Verdruß richtet sich gegen Earl von Reading, den Vizekönig von Indien, und seine Berater. Die Depesche der indischen Regierung an den Sekretär für Indien wird als ein Vorgehen hingestellt, welches über die Leiter der britischen Regierung hinweg erfolgt und dazu angetan sei, der britischen Regierung in ihren Verhandlungen mit den Signatarmächten des Sevres-Vertrages ernste Schwierigkeiten zu bereiten. Nach Auffassung der Presse sei der Schritt der indischen Regierung geschehen, um die am 22. März in Paris beginnende Konferenz zwischen England, Frankreich und Italien über einen Ausgleich der Nahöstlichen Frage zu beeinflussen. Die Befürchtung wird ausgesprochen, daß diese Einmischung die Unversöhnlichkeit der türkischen Nationalisten stärken werde.

Von verschiedenen Zeitungen wird hervorgehoben, daß die Majorität der Bevölkerung Indiens nicht aus Moslems besteht und um den Sultan der Türkei sich gar nicht bekümmert. Diese Blätter erklären, die Ansprüche der Türken hätten in Indien nur durch Anerkennung des Hindu-Führers Mohandas K. Gandhi, welcher der eigentliche Urheber der Unruhen sei, an Bedeutung gewonnen. Gandhi hätte schon längst verhaftet werden sollen.

Russen setzen große Hoffnungen auf Genua Konferenz

Moskau, 14. März. — Alle Stände in Rußland, die große Masse der unwissenden Bauernschaft ausgenommen, erblickt in der Genua-Konferenz den ersten Schritt zur Wiedervereinigung mit der Außenwelt. Kaufleute, Universitätslehrer, Soldaten, Zeitungsleute, alle erhoffen durch die Versammlung Befreiung von der Abgeschlossenheit, welche diesem Lande seit 1917 auferlegt ist. Für das amtliche Rußland, den Kremel und die kommunistische Partei, etwa 200,000 stark, bedeutet Genua die Verwirklichung eines lange gehegten Ehrgeizes, die offizielle Anerkennung der Welt im allgemeinen. Es bringt eine Gelegenheit, um eine wirkliche Grundlage für die Regierung zu legen. Indessen ist es ein gemischter Segen, denn wenigstens jetzt muß der große Gedanke der Weltrevolution aufgegeben werden und eine Rückkehr zu den Grundsätzen des Nationalismus erfolgen. Das übrige Rußland wird mehr Nutzen aus Genua ziehen, als die Politiker.

„Wie ich glaube, ist es der Anbruch einer besseren Zeit," meinte ein Universitätslehrer, ein ehemaliger Sozialrevolutionär. „Allerdings wird die Erlangung von Krediten den Bestand der kommunistischen Verwaltung verlängern. Allein besser noch einige wenige Jahre eine kommunistische Verwaltung, Rückkehr zum Welthandel und eine Gelegenheit zum Anfang zum Rußlands Wiederaufbau als die Dinge, wie sie heute sind." — „Es bedeutet den Ausverkauf unseres Landes an Ausländer," bemerkte bitter ein früherer Kadett. „Es gibt aber nicht genug Kapital in Rußland und ich sehe nicht, was sonst getan werden kann. Es tut weh, wir müssen aber auswärtige Hilfe haben."

„Der Genua-Konferenz wird eine Aenderung bei unserer Regierung folgen," erklärte ein Journalist. „Die Alliierten werden verlangen, daß ein starkes, nicht kommunistisches Element in die Verwaltung aufgenommen wird." — „Schlimmer kann's nicht werden," sagte ein Barbier, und der alte Droschkenkutscher vor dem Laden bekräftigte diese Ansicht, indem er beifügte, daß er nichts davon verstehe.

Wirtschaftliches Bündnis zwischen Kaukasus Republiken abgeschlossen

Tiflis, Georgien, 14. März. — Die kommerzielle Vereinigung der vier Sowjetrepubliken des Kaukasus — Armenien, Aserbaidjan, Georgien und die kleine Gebirgsrepublik — ist zustande gekommen, mit Tiflis als der kontrollierenden Hauptstadt. Die vier Republiken behalten ihre eigenen Präsidenten, die Versammlung wird indessen die alten Grenz- und Zollstreitigkeiten der Entwertung nach auf ein Mindestmaß herabsetzen. Die vom Moskau letzten Herbst begonnene neue Wirtschaftspolitik, welche den Handel freigibt, hatte die Oeffnung vieler Läden, eine Vermehrung der Geschäfte und eine allgemeine Verbesserung der Lebensverhältnisse zur Folge. Nahrung und Bekleidung sind zwar knapp, aber viel billiger als in Moskau. Die Bahnen sind im Betrieb, ein direkter Zugdienst nach Moskau wurde errichtet. Das Geschäft mit Persien wird erneuert, Fracht wird wieder aus Persien nach Konstantinopel gesandt. Der Dampferdienst zwischen Baku und Enzeli am Kaspischen Meer ist wieder hergestellt, ebenso auch die Kommunikationstrecken.

Neger in Mississippi gehenkt.

Aberdeen, Miss., 14. März. — Der 18jährige Neger Willie Baker wurde gestern von einer Menge etwa 30 Meilen nördlich von hier gehenkt. Er war beschuldigt worden, sich am letzten Montag an einem sechsjährigen weißen Mädchen vergangen zu haben. Ein Konstabler hatte den Neger verhaftet und wollte ihn nach dem hiesigen Gefängnis bringen, als sich die erbitterte Menge des Verhafteten bemächtigte und ihn hängte.